



09/2019

## NEUER WEIN IN ALTEN SCHLÄUCHEN

Ja, Sie sehen richtig. Die Optik unserer Zeitung hat sich verändert. Mit dem Begriff „Zeitung“ bringe ich den Anspruch nach außen, den wir in unserem Mitarbeitertreffen in Berlin, erhoben haben.



Wir müssen außerhalb des Internets unsere Wähler und Bürger erreichen! Das Internet wird immer mehr zur politischen Falle. Die Regierung, Medienkonzerne und die Altparteien legen es darauf an, das Internet immer mehr zu zensieren. Sie legen es darauf an, dass die einzige Alternative in Deutschland Ihre Wähler nicht mehr erreicht.

Netzwerkdurchsetzungsgesetz, Sperre bei Facebook und YouTube, Änderung der Algorithmen etc. führen dazu, dass die Informationen für die Bürger auf der Strecke bleiben. Deshalb: geben Sie unser Blättchen weiter, stecken Sie es Ihrem Nachbarn in den Briefkasten. An einem Zuviel von Informationen ist noch keiner „gestorben“.

## NEUES IN DIESER ZEIT

Die AfD ist auf dem Weg zur Volkspartei. Als ich dies 2016 sagte, wurde ich belächelt. 2018 prognostizierte ich, dass die AfD die stärkste Partei in Ostdeutschland wird. Dank unserer

Wähler haben wir dieses Ziel erreicht.

Klar und wichtig ist, Volkspartei geht nur, mit dem sozial-patriotischen Weg. Mit starker Wirtschaft gilt es einen sozialen Staat zu errichten und zu bewahren. Das Zauberwort „soziale Marktwirtschaft“ muss wieder mit Leben erfüllt werden.

Neoliberale Wirtschaftsfanatiker, die alles durch den „Markt“ erreichen wollen und grundlegende soziale Bausteine unserer Gesellschaft abschaffen wollen, gibt es auch in unserer Partei. Sie fordern tatsächlich, die Abschaffung des Kindergeldes, den Wegfall sozialer Leistungen.

Ich bin auch gegen eine soziale Hängematte, gegen Geld für alle ohne Arbeit. Ich bin auch gegen die Einwanderung in unser Sozialsystem, aber das heißt noch lange nicht, dass Ostrentner Flaschen sammeln müssen, sozial Schwache auf Dauer in der Platte wohnen und zum Mindestlohn in den Westen pendeln müssen.

Meine neoliberalen Freunde, Ihr seid auf dem Irrweg, in eine Sackgasse. Für Eure Politik gibt es bereits eine erfolglose FDP. Geht in Euch und kämpft mit uns, dass unsere Partei, die AfD, im Volk verankert wird; sie zur neuen Volkspartei wird.

## HEUTE IM SONDERTEIL:

### INITIATIVE FÜR NORDTHÜRINGEN – VERLAGERUNG DES BKA NACH NORDTHÜRINGEN

Alle 5 Bundestagsabgeordnete aus Thüringen unterstützen mein Projekt. Aber ich brauche auch, Ihre Unterstützung.

Erklären Sie den Mitgliedern des Innenausschusses, Dr. Gottfried Curio oder Martin Hess ([gottfried.curio@bundestag.de](mailto:gottfried.curio@bundestag.de), [martin.hess@bundestag.de](mailto:martin.hess@bundestag.de)) wie es in unserer Region aussieht, wie sehr wir es nötig haben, unsere Region mit diesem Antrag in das Gespräch zu bringen. Erklären Sie, wie notwendig es ist, dass auch wir, in der ärmsten Region Deutschlands, gut verdienende Arbeitsplätze brauchen.

## DIE WOCHEN IN BERLIN, TEIL 2: DIENSTAG

Dienstag früh geht es direkt weiter; meistens mit Interviews, Presseterminen und Gesprächen mit Interessengruppen. Die Zeit muss gut genutzt werden, denn Dienstag ist der einzige Tag der Sitzungswoche, und auch da nur der Vormittag, der nicht vom starren Zeitplan der Ausschüsse und des Plenums bestimmt wird. Unser Videoformat „Pohl sagt’s“, Filmaufnahmen für die Landesgruppe oder Interviewtermine mit Presse- und Medienvertretern finden deshalb meistens dienstags statt.



Um 15.00 Uhr beginnt die Fraktionssitzung. Hier, in unserem Sitzungssaal unter der Reichstagskuppel, sind wir unter uns. Was wir in den jeweiligen Arbeitskreisen erarbeitet haben, wird jetzt den Kollegen vorgestellt und – ganz wichtig – abgestimmt. Vielfach sind wir einer Meinung und die Anträge werden direkt abgestimmt, manchmal aber besteht noch Klärungsbedarf. Dann bekommen die Arbeitskreise als „Hausaufgabe“, die Bedenken oder Anregungen der anderen Kollegen mit einzuarbeiten.

Jüngstes Beispiel: Mir war es als Thüringer Abgeordneter wichtig, dass wir uns als AfD für einen weiteren Untersuchungsausschuss zum Thema „Treuhand“ stark machen. Was den ostdeutschen Kollegen völlig einleuchtet, muss manchem (westdeutschen) Kollegen erst einmal erklärt werden. Ich habe mich deshalb besonders gefreut, dass der Antrag (BT-Drs. 19/11126), der in meinem Büro entstanden ist, in der Fraktionssitzung so eine breite Unterstützung bekommen hat.

Weniger erfolgreich war ich bisher mit meiner Idee, das Bundeskriminalamt (BKA) mit seinem Sitz von Wiesbaden nach Nordthüringen zu verlegen. Unterstützt von unserer Landesgruppe Thüringen hatte ich einen Antrag entworfen, der dazu beitragen sollte, dass den ewigen Ankündigungen, Bundesbehörden vorrangig im Osten Deutschlands einzurichten, endlich Taten folgen. Das BKA in Wiesbaden platzt aus allen Nähten, bei uns ist Raum genug. Allein der Arbeitskreis „Inneres“ war anderer Ansicht und damit auch die Fraktion. Wir lassen uns davon aber nicht entmutigen und bleiben dran! (Der Antrag und weitere Informationen hierzu finden Sie im Sonderteil dieser Ausgabe).

Nach der Fraktionssitzung, die bei Bedarf auch in den Abend hinein dauern kann, stehen die üblichen Berliner Veranstaltungen an: Parlamentarische Abende, Gesprächsrunden etc.

Wenn es die Zeit erlaubt, schaue ich gerne dort vorbei. Oft aber steht noch weitere Vorbereitungszeit für meine Themen an, denn am Mittwoch früh tagt der Ausschuss Arbeit und Soziales...

## VIDEODREH IM WAHLKREIS

Ende Mai war ich mit meinem Filmteam im Wahlkreis unterwegs. Ich drehte eine Sequenz für mein Videoformat „Pohl sagt’s...“ zum Thema Windvorranggebiete.

Ich, als Bundestagsabgeordneter, habe mich in Nordthüringen gegen die sogenannte Regionalplanung ausgesprochen und mit ausgewiesenen Fachleuten zusammen den vorgelegten Regionalplan „auseinander genommen“. Es ist uns gelungen, Vorreiter von ca. 15.000 Stellungnahmen gegen diesen Regionalplan zu sein. Auch der Kyffhäuserkreis, Sondershausen und Roßleben haben gegen die Ausbreitung der Windkraft gestimmt. Grüner Ökowahn, der Lebensraum zerstört und Tiere tötet, kann nicht Ziel unseres gemeinsamen Handelns sein. Nur verwirrte Menschen können einerseits für den Schutz der Umwelt eintreten und andererseits Unmengen von Beton in die Landschaft gießen und stellen, um damit Vögel, Insekten zu töten, Menschen krank zu machen und die Umwelt zu verschandeln. Dies alles im Namen des

Naturschutzes.



Eine weitere Sequenz drehten wir im Büro meines Kollegen Marcus Bühl. In einer Extraausgabe ließen wir es uns nicht nehmen, die Ergebnisse der Kommunalwahlen sowie der Europawahl auszuwerten. Die

sehr guten Ergebnisse lassen uns den bevorstehenden Landtagswahlen freudig entgegenblicken.

## BIG – BÜRGER IM GESPRÄCH

**13.06.2019 BiG mit meinem Kollegen Dr. Anton Friesen in Suhl.** Viele interessierte Gäste besuchten unsere Veranstaltung. Es war ein sehr schöner Abend mit tollen Gesprächen und Diskussionen in einer fabelhaften Räumlichkeit. Die Themen reichten von Rente, Außenpolitik, Umweltpolitik, bis hin zu aktuellen Themen aus dem Deutschen Bundestag. Weitere Termine in diesem Format folgen. **Nähere Angaben findet ihr dazu auf der letzten Seite.**



## MEINE REDE IM PARLAMENT AM 27.06.2019

Am Donnerstag der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause kam es im Parlament noch einmal zu einer besonders emotionalen Debatte, denn hier prallten Weltanschauungen und Lebenserfahrungen aufeinander. Die Rede ist von der Treuhandanstalt, genauer gesagt, von unserem Antrag, einen weiteren parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Arbeit der Treuhandanstalt zu installieren. (BT-Drs. 19/ 11126)

Zur Erinnerung: Zwölftausend volkseigene Betriebe wurden in der Nachwendzeit von der Treuhand verschelbelt. Meist an die westdeutsche Konkurrenz, fast immer unter Wert, zum Teil für einen Euro. Viertausend zum Teil hochprofitable Unternehmen wurden gleich ganz abgewickelt. Bis 1994 wurden zwei Drittel der ostdeutschen Arbeitsplätze aufgelöst, die Beschäftigten entlassen. Von den realisierten Gewinnen blieb fast nichts, denn die flossen alle in den Westen. Auf diese Weise haben wir Ostdeutschen die Einheit mit unserem Volksvermögen bezahlt. Auf welcher Grundlage? Wer war verantwortlich, und wer profitierte davon? Das wollen wir wissen, denn zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse in den 90-er Jahren haben es nicht geschafft, das aufzuklären. Die relevanten Akten wurden damals auf Betreiben der Bundesregierung unter Verschluss gehalten.

Wir als AfD sind die einzige Partei, die damals nicht in die Machenschaften der Treuhand verwickelt war. Und wenn Sie sich meine Rede auf YouTube anschauen, werden Sie feststellen, dass mir das Thema auch aus eigener Erfahrung und persönlich sehr am Herzen liegt. Ich habe miterlebt, wie den Menschen ihre Lebensperspektive genommen wurde, wie sie letztlich um ihre Zukunft betrogen wurden. Dies ist die traumatische Erfahrung einer ganzen Generation in Ostdeutschland. Gerecht ist das nicht.

Leider hat mir die Debatte wieder einmal gezeigt, wie erschreckend wenig viele Kollegen, und nicht nur westdeutsche, über die damaligen Vorgänge wissen und wie wichtig es ist, auf die verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen hinzuweisen, unter denen Ostdeutschland bis heute leidet. Gerade von den Vertretern der damaligen Regierungsparteien wird kleingeredet und bagatellisiert, dass es kracht. Aber wer die Einheit Deutschlands will muss sich „ehrlich machen“, und das geht nur durch die lückenlose Aufarbeitung der Machenschaften der Treuhandgesellschaft und mit Respekt für die Lebensleistung ostdeutscher Biografien. Derzeit liegt unser Antrag beim Ausschuss für Geschäftsordnung. Für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses braucht der Bundestag eines Viertel seiner Mitglieder. Im



Herbst soll entschieden werden. Dann werden wir sehen, wer es ernst meinte mit den Ostdeutschen und ihrem berechtigten Interesse an Aufklärung und Gerechtigkeit.

Meine Rede im Wortlaut finden Sie am Ende der Zeitung.

## PPP – ZWISCHENBERICHT

In der letzten Ausgabe berichtete ich vom PPP - Parlamentarisches Patenschaftsprogramm - und stellte die von mir nominierte junge Schülerin Lena K. aus Heilbad Heiligenstadt vor. Lena hat ihr Vorbereitungsseminar in Berlin erfolgreich durchlaufen.

Eine Woche lang wurde Lena professionell auf ihr Austauschjahr vorbereitet. Unter anderen wurde sich mit der deutschen Geschichte befasst, ein Vortrag „American History & Politics, Trump Regierung“ stand auf Plan sowie eine Berlinexpedition uvm.



Lena wird in Thiensville, einem kleinen Ort im Bundesstaat Wisconsin ihr Austauschjahr verbringen. In der Gastfamilie warten zwei Mädchen als „Schwestern“ und ein Junge als „Bruder“ auf sie. Sie wird die ortsansässige Highschool besuchen. Eine erste Kontaktaufnahme mit der Gastfamilie steht bevor, worüber sie sich schon sehr freut.

**Letzte Meldung:** Am 07.08.2019 geht für Lena die Reise los. Sie startet vom Flughafen in Frankfurt am Main nach Chicago und trifft sich dort mit ca. 500 anderen Austauschschülern. Die Nacht wird sie an der Universität von Milwaukee verbringen.

Am nächsten Tag erfolgt eine kurze Begrüßung und Erklärung über den weiteren Ablauf. Am Nachmittag wird sie dann von ihrer Gastfamilie abgeholt und empfangen. Lena steht bereits seit längerem in ständigem Kontakt mit ihrer Gastfamilie. Regelmäßige Telefonate und Videoanrufe sind bereits erfolgt. Lena über ihre Gastfamilie: „Sie sind unglaublich nett und freundlich und freuen sich schon sehr auf meine Ankunft.“

Bis die Schule in den USA wieder beginnt sind noch 4 Wochen Zeit. Diese Zeit wird Lena mit ihrer Gastfamilie für Familienausflüge nutzen. Auf dem Plan stehen, der Besuch von weiteren Familienmitgliedern in Lake Michigan und ein Campingausflug. Es wird also nicht langweilig werden für die junge Schülerin.

Wir werden von der Reise und dem Aufenthalt in den USA in der nächsten Ausgabe weiter berichten.

## MANNISKE-KRANKENHAUS VORERST GERETTET, DER KAMPF UM DEN STANDORT GEHT JEDOCH WEITER

Im Frühsommer 2019 traf ich mich mit hochrangigen Vertretern des Bundesministeriums für Verteidigung und führte Gespräche über eine mögliche zukünftige Nutzung der in Nordthüringen vorhandenen zivilen Krankenhausinfrastruktur durch die Bundeswehr. Hierbei wurde auch intensiv über den Teilschritt 2027 des neuen Fähigkeitsprofils zur Modernisierung der Bundeswehr gesprochen.

Der Freistaat Thüringen hat eine lange Tradition als Militärstandort und die Bundeswehr ist bereits ein wichtiger Arbeitgeber in Nordthüringen. Dies muss weiter ausgebaut werden, um auch im ländlichen Raum unbefristete und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Weiterhin befinden sich immer noch viel zu wenige Standorte von Bundesbehörden in Mitteldeutschland. Ferner stammen bereits viele Soldaten aus Thüringen und die geographisch zentrale Lage insbesondere Nordthüringens bietet sich für einen weiteren Ausbau der Infrastruktur der Bundeswehr geradezu an. Dies würde einen massiven sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung für die gesamte Region bedeuten und den Rückhalt der Bundeswehr in der Gesellschaft stärken.

Als AfD stehen wir zur Bundeswehr und zu unseren Soldaten und würden es begrüßen, wenn der ländliche Raum in Nordthüringen in der Planung des Verteidigungsministeriums mehr Beachtung finden würde.

## DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN: ALTERSARMUT WIRKSAM BEKÄMPFEN!

### Problem:

Unser umlagefinanziertes Rentensystem ist auf durchgehende und gut bezahlte Beschäftigung ausgelegt, doch immer mehr Menschen mit zeitlebens niedrigen Einkommen oder unterbrochenen Beschäftigungszeiten erreichen nun das Rentenalter – Der Rentner mit 45 Beitragsjahren wird seltener. Der Weg in die Altersarmut ist für viele Menschen vorprogrammiert.

Das Problem ist hausgemacht: Während seit Jahrzehnten die Unternehmensgewinne in den Himmel wachsen, leiden die Arbeitnehmer unter einer widernatürlichen Lohnzurückhaltung. Die Folgen sind dramatisch: Rund 1,5 Mio. Rentner sind schon heute auf Grundsicherung angewiesen, und es werden jedes Jahr mehr.



### Handlungsbedarf:

Wir brauchen ein Sofortprogramm, das alte Menschen mit

Niedrigrenten unbürokratisch absichert und eine langfristig tragfähige Finanzierung des Rentensystems.

### Lösung:

Wir, die Thüringer Landesgruppe und unsere Spezialisten im Land, haben deshalb ein Rentenmodell mit einem steuerfinanzierten Staatsbürgerzuschlag entwickelt. So können kleine Renten von Bürgern aufgebessert werden, die 40 Jahre in das Rentensystem eingezahlt haben. Um für alle Arbeitnehmer eine Altersrente mit einem erhöhten Niveau von 50 % zu sichern, fordern wir eine alle Bürger umfassende gesetzliche Rentenversicherung, in der alle, also auch Selbstständige und Beamte, gleichermaßen versichert und anspruchsberechtigt sind.

Das wichtigste aber: Vor allem fordern wir, dass die Bürger endlich an den Unternehmensgewinnen angemessen beteiligt werden und mit einem echten Wohlstandslohn auch einen anständigen Beitrag in ihre Rentenversicherung zahlen können!

## BERICHT AUS DER PARTEI

Neben der Arbeit als Bundestagsabgeordneter bin ich natürlich auch noch Mitglied der AfD Thüringen und stellvertretender Landesvorsitzender. Die Termine im Wahljahr 2019 häufen sich. Gesehen haben wir uns alle anlässlich des Parteiparteitages in Arnstadt. Besonders stolz war ich, dass der Programmteil Arbeit und Soziales, an dem ich mitgearbeitet habe, ein Schwerpunkt im Wahlprogramm unserer Landespartei wurde.

Der Parteitag hat bei der Wahl der Delegierten Verantwortungsbewusstsein und ein gutes Händchen bewiesen. Jetzt ist mir vor den Bundesparteitagen nicht mehr Bange. Der sozial-patriotische Weg wird sich beweisen. Ich selbst habe das Vertrauen als Delegierter bekommen. Dafür ein Dankeschön. Es gab auch Gegenstimmen, zwar nicht viele, dennoch: ich versichere allen, ich habe nur das Wohl unserer Partei im Auge.



Die Landtagswahl 2019 wirft ihre Schatten voraus. Ich wurde als Mitglied der Landeswahlleitung durch den Landesvorstand bestimmt. Die erste Sitzung hat stattgefunden, noch ohne Probleme. Die Angriffe auf unsere Partei in Sachsen lassen für die Zukunft anderes vermuten.



**Jürgen Pohl**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

---

## **BKA Projekt**

---

### **1. Sachverhalt:**

Das Bundeskriminalamt Wiesbaden plant, um seine Außenstellen zusammen zu fassen und um die Qualität der Bearbeitung von Kriminalität und der dazugehörigen Prävention, einen Neubau auf der „Grünen Wiese“.

### **2. rechtliche Regelung:**

Auf Grund der rechtlichen Regelung sind neu zu schaffende Bundeseinrichtungen in Mittel- und Ostdeutschland anzusiedeln. Ein Neubau auf der „Grünen Wiese“ kann einer Neuschaffung gleich gesetzt werden.

Grundlage ist die Beschlussempfehlung des Ältestenrates des Deutschen Bundestages aus der 12.WP. (BT-Drs. 12/2853 (neu))

Der Deutsche Bundestag hat 1992 beschlossen, neue Bundeseinrichtungen vorrangig in den ostdeutschen Bundesländern einzurichten (vgl. Bundestagsdruck-sache 12/2853 (neu)).

Laut Grundgesetz ist die Bundesregierung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse verpflichtet (vgl. Artikel 20, Artikel 72 Absatz 2 und Artikel 106 Absatz 3 Satz 4 Nummer 2 des Grundgesetzes). Bis heute ist Ostdeutschland großflächig strukturschwach. Die Ansiedlung neuer Bundeseinrichtungen bringt für die jeweilige Region stets auch einen wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung mit sich.“

Der Antrag der AfD (19/8279) wurde pauschal gestellt und von der Fraktion bewilligt. In diesem Antrag hat die AfD drauf abgestellt, dass im Allgemeinen die Bundeseinrichtungen im Osten installiert werden, im Konkreten wird mit diesem Antrag darauf Bezug genommen.

### **3. Vorschlag:**

Der Neubau erfolgt in Nordthüringen

#### Vorteile der Lokalität:

- liegt zentral in der Mitte Deutschlands (der Mittelpunkt Deutschlands liegt bei Mühlhausen)
- Nordthüringen ist durch die Autobahn A38 und A71 vollumfänglich zentral erschlossen  
A38 Ost – West, A71 Nord - Süd
- Großzentren mit Universität liegen 80 km entfernt,

---

**21.05.2019**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: +49 30 227-77520, Fax: +49 30 227-70521,  
juergen.pohl@bundestag.de

- direkt an der Autobahn; Göttingen, Halle, Erfurt, Kassel (100 km)
- Nordhausen selbst verfügt über eine Hochschule mit ingenieur-technischer und wirtschaftswissenschaftlicher Ausrichtung
- Polizeihochschule Aschersleben ist 80 km entfernt
- Landespolizeiinspektion Nordhausen, mit angebundenem großen Hubschrauberlandeplatz, liegt im Zentrum Nordthüringens
- äußert geringe Grundstücks- und Baukosten

#### Vorteile für die Region:

- Nordthüringen, insbesondere der Landkreis Nordhausen, der Kyffhäuserkreis, der Unstrut-Hainich-Kreis, sind wirtschaftliche Problemzonen in Deutschland
- Einkommen, Vermögen, Dichte an Arbeitsplätzen liegen am unteren Rand der Statistik
- gute Arbeitsplätze der Bundeswehr wurden in Mühlhausen (Unstrut-Hainich) vernichtet
- anerkannte Standorte der Bundeswehr befinden sich noch in Sondershausen und Bad Frankenhausen

#### **3. Arbeitskräfte:**

Arbeitskräfte sind durch die Ausbildungsdichte der obig benannten Hoch- und Fachschulen gegeben. Weitere Arbeitskräfte können von der Polizeihochschule Meiningen abgefordert werden. Die Polizeihochschule Aschersleben, 80 km entfernt, bietet Kapazitäten in Forschung und Entwicklung.

#### **4. Flächen:**

Flächen jeglicher Größe sind im Raum Eichsfeld, Nordhausen, Kyffhäuser und Unstrut-Hainich in großer Anzahl vorhanden.

Erschlossene Industriegebiete, die leer stehen, sind jederzeit im Internet abrufbar und können über die LEG Thüringen (Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen) abgerufen werden.

Ich füge exemplarisch bei, Industriegebiet Goldene Aue: vollkommen leer, 83 ha, Autobahn anliegend, Bundesstraße anliegend, Flughafen Erfurt/Weimar 80 km, Flughafen Leipzig/Halle 140 km, Frachtflughafen 40 km.

Desweiteren füge ich bei, Gewerbegebiet Standort Mühlhausen, Gewerbegebiet Standort Kyffhäuserkreis.

Jürgen Pohl  
Vorsitzender der Regionalgruppe Mitteldeutschland

## Antrag

**der Abgeordneten Jürgen Pohl, Marcus Bühl, Stephan Brandner, Anton Friesen, Dr. Robby Schlund und der Fraktion der AfD**

### **Verlagerung des Bundeskriminalamts (BKA) nach Nordthüringen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In Artikel 20, Artikel 72 Absatz 2 und Artikel 106 Absatz 3 Satz 4 Nummer 2 des Grundgesetzes ist die Verpflichtung der Bundesregierung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse begründet. Als Instrument der Strukturförderung der ostdeutschen Bundesländer hat die unabhängige Föderalismuskommission aus Bundestag und Bundesrat daher 1992 festgelegt, dass neue Einrichtungen des Bundes vorrangig in den ostdeutschen Bundesländern einzurichten sind. (vgl. BT-Drs. 12/2853neu).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. laufende Planungen hinsichtlich eines Neubaus für das Bundeskriminalamt in Wiesbaden einzustellen,
2. das Bundeskriminalamt mit seinem Hauptsitz und Nebenstellen nach Nordthüringen zu verlagern.

Berlin, den [...]

**[...] und Fraktion**

## Begründung

Das Ziel einer gleichwertigen Verteilung von Bundesbehörden im gesamten Bundesgebiet wurde bislang nicht erreicht:

Von den 20 seit 1992 neu eingerichteten Bundesbehörden sind 15 im Westen und nur 5 im Osten errichtet worden, zum Stichtag 01.01.2018 befand sich nur jeder 10. Hauptsitz und jede vierte Außenstelle einer Bundesbehörde in den neuen Bundesländern (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD vom 07.03.2018, BT-Drs. 19/1108 sowie die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 12.03.2018, BT-Drs. 19/1155).

Eine Verlagerung bestehender Behörden insbesondere im nachgeordneten Bereich ist vielfach nicht ohne weiteres umzusetzen.

Das Bundeskriminalamt (BKA) mit Hauptsitz in Wiesbaden steht jedoch aktuell vor der Herausforderung, seine stetig wachsende Zahl von Beschäftigten räumlich neu zu organisieren. Aufgrund der Erweiterung seiner Aufgaben hat sich der Personalbestand nach eigenen Angaben seit 1970 von 1.211 Beschäftigten auf heute 6.369 (2019) erhöht. Bereits heute verteilen sich die Beschäftigten auf sechs Liegenschaften innerhalb des Stadtgebietes; weitere Standorte befinden sich in Berlin und Meckenheim (NRW). Da eine weitere Ausweitung der bestehenden Kapazitäten nicht möglich ist, wird seitens des BKA eine einheitliche Lösung angestrebt, Gespräche mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) mit diesem Ziel sind ab 2016 bestätigt.

Für eine Neuorientierung bietet die Region Nordthüringen entscheidende Vorteile: Sie liegt zentral in der Mitte Deutschlands, ist durch die Autobahnen A38 und A71 vollumfänglich erschlossen und über den Flughafen Leipzig/Halle gut zu erreichen. Nordhausen verfügt über eine Hochschule mit ingenieurtechnischer und wirtschaftswissenschaftlicher Ausrichtung, weitere Universitäten befinden sich im Umkreis von 80 km, ebenso wie die Polizeihochschule Aschersleben.

Nordthüringen bietet zahlreiche erschlossene Industrie- und Gewerbegebiete im Raum Eichsfeld, Nordhausen, Kyffhäuserkreis sowie Unstrut-Hainich, die mit geringen Grundstücks- und Baukosten bedarfsgerecht entwickelt werden können.

Standorte profitieren von Bundesbehörden auf vielfältige Weise. Es entstehen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Infrastruktur und regionale Wirtschaftskreisläufe. Darüber hinaus wird das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen, den Staat und seinen Behördenapparat gefördert.

Durch die Deindustrialisierung in Nordthüringen gibt es dort genügend Brachen zur Bebauung, desweiteren hat die Bundeswehr durch ihren Rückzug aus dieser Region leerstehende Kasernen und anderweitige Objekte hinterlassen, die für die Folgenutzung durch das BKA zu empfehlen sind.

Vor dem Hintergrund einer beabsichtigten Förderung strukturschwacher Regionen und der Tatsache, dass Thüringen bislang nur über eine einzige oberste Bundesbehörde (Bundesarbeitsgericht) mit vergleichsweise geringem Personalbestand in Erfurt verfügt, wäre eine Verlagerung des BKA nach Nordthüringen die logische Konsequenz zur Behebung der Kapazitätsprobleme des BKA sowie ein Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Bemühungen der Bundesregierung um gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West.

## KOMMENTAR:

### DAS ARMENHAUS OSTDEUTSCHLAND - WENN LEBENSLÄUFE NICHTS MEHR WERT SIND



Einmal im Jahr, rund um den 3. Oktober, rücken die Lebenslagen der Ostdeutschen in den Fokus der politischen Öffentlichkeit, denn dann stellt die Bundesregierung ihren Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit vor. Die Botschaft ist immer dieselbe: Natürlich gebe es „noch“ Unterschiede in der

Entwicklung, doch die Richtung stimmt. Doch die Menschen im Osten wissen es besser. Die guten Zahlen am Arbeitsmarkt sind schon lange kein Garant mehr für Existenzsicherung, Teilhabe und Wohlstand.

Während die Angleichung der Löhne und Renten im Osten an das Westniveau seit Jahren auf sich warten lässt, wachsen die Belastungen durch rasant steigende Mieten und Lebenshaltungskosten flächendeckend, nicht nur in den Städten. Langzeitarbeitslosigkeit, Altersarmut und Kinderarmut gehören im Osten Deutschlands bereits heute zum Alltag. Auch das Lohngefälle und der hohe Anteil an geringfügig Beschäftigten sind mit ein Grund dafür, dass dort ein alarmierend hoher Anteil der Familien auf Grundsicherungsleistungen wie Hartz IV angewiesen ist. Die Folge: Im Osten Deutschlands sind rund doppelt so viele Kinder unter 18 Jahren auf Hartz IV angewiesen sind als im Westen.

Als Thüringer und Sozialpolitiker halte ich diesen Befund, 25 Jahre nach der Wende, für einen Skandal. Ein „Weiter so“ wie bisher darf es nicht mehr geben; wir fordern, dass die Entwicklung Mitteldeutschland endlich zu einem Leitziel deutscher Politik wird.

Als AfD-Fraktion arbeiten wir deshalb im Plenum und in den Ausschüssen daran, dass die Belange von uns Ostdeutschen nicht mehr unter den Tisch fallen. Überall, wo es um die Soziale Sicherung geht mischen wir uns ein: Sei es beim Mindestlohn, der betrieblichen Mitbestimmung, mit Kleinen Anfragen (so z.B. zur Kinderarmut in Thüringen), oder auch mit Ideen für ein soziales Rentenkonzept.

Denn die größte soziale Herausforderung in naher Zukunft wird die Altersarmut im Osten Deutschlands sein. Bereits heute fällt jeder fünfte Rentner im Osten unter die Armutsgrenze, 2036 wird es jeder Dritte sein. Hier helfen keine Sonntagsreden, sondern allein umfangreiche Investitionen in die soziale und ökonomische Infrastruktur. Das Geld dafür ist vorhanden.

Unser Ziel: Das Geld soll da ankommen, wo die Bürger es wollen.

## GASTBEITRAG MDB MARCUS BÜHL BUNDESHAUSHALT— INTEGRATIONSLEISTUNGEN AUF DEM PRÜFSTAND



Ein großer Anteil im Bundeshaushalt umfasst die Dauerthemen Integration und Migration. Wie wir das schaffen, schlägt sich vor allem in den Zahlen nieder. 2018 wurden im Vergleich zum Vorjahr dafür 232 Millionen Euro mehr aufgewendet. Nun heißt mehr nicht unbedingt Mehrwert.

Bei den Integrationskursen besteht dringender Reformbedarf, was Umfang, Erfolgsquote der Abschlüsse sowie Anfälligkeit für Teilnahmebetrug angeht. Bis zum 31.07.18 wurden lediglich rd. 46% der Kursträger kontrolliert, die Kontrolldichte im Kurssystem muss also weiter erhöht werden.

Es fließt nur dann Geld an die Bildungsträger, wenn die Teilnehmer anwesend sind und dies mit ihrer Unterschrift dokumentiert haben. Es bedarf keinen Hellseher, um zu erkennen, dass dieses Konstrukt zum Betrug einlädt.

Zum Beispiel Unterschriften nachträglich zu leisten oder zu Beginn und dann nicht am Unterricht teilzunehmen. Beim kritischen Hinterfragen offenbarte sich, dass den Haushältern der AfD hier zuerst wichtige Fakten vorenthalten wurden.

Im Rahmen von Kontrollen wurden 2016 insgesamt 1.479 Beanstandungen, im Jahr 2017 insgesamt 1.722 Beanstandungen und im Zeitraum Januar bis Juli 2018 insgesamt 2.118 Beanstandungen ausgesprochen.

Dabei wurden insbesondere Verstöße festgestellt, wie fehlerhafte Angaben zu Träger, Kurs, Modul etc. in Unterschriftslisten (in 45 Kursen); keine Übereinstimmung zwischen Anzahl der Unterschriften und Teilnehmern (in 53 Kursen); tägliche Unterschrift der Lehrkraft fehlt (in 49 Kursen). Bei der Betrachtung der Fehlzeiten für 2018 im Hinblick auf den Status fällt auf, dass die Teilnehmer, die vom BAMF zugelassen worden sind, die höchsten Fehlzeiten aufweisen. Gefolgt wird diese Gruppe von den durch die Ausländerbehörden Verpflichteten und den von den Trägern der Grundsicherung Verpflichteten.

Auch die düsteren Ergebnisse der Tests und Abschlussprüfungen belegen diese Missstände. Aber den eigentlichen finanziellen Schaden erleiden unsere Steuerzahler, die die 765 Millionen Euro hart erwirtschaftet haben.

Die Kultur in diesem Bereich muss sich ändern, dass alle Bildungsträger ihre Teilnehmerzahlen ehrlich abrechnen. Das BAMF ist hier aufgefordert, diese wissentliche Verschwendung von Steuergeld durch wirksame Kontrolle und Sanktionen zu bekämpfen. Primär gehören die Ursachen für die Probleme aber natürlich an der Wurzel angepackt, im Zuge von allumfassenden Grenzkontrollen und konsequenten Abschiebungen.

Eckhardt Rehberg

- (A) lanz der Treuhand wies ein Minus von über 200 Milliarden D-Mark auf. Die Abschlussbilanz der Treuhand war geprägt von der Finanzierung von Sozialplänen: Kurzarbeit null usw. usf. In der Regel wurden für 1 Mark Privatisierungserlös 3 Mark insbesondere für die Umweltaltlastenbeseitigung usw. usf. eingesetzt. Es muss also der Gesamtrahmen betrachtet werden.

Ich gestehe zu, dass es in dem einen oder anderen Fall Fehler gegeben hat. Aber entscheidend ist doch: Wo sind wir hergekommen, und was ist heute? Ich kann nur eines sagen: Wer anfängt, die letzten 30 Jahren zurückzudrehen, um politisch daraus Kapital zu schlagen, der erreicht für die Zukunft gar nichts.

(Verena Hartmann [AfD]: Populismus pur!)

Wir als Union möchten, dass wir mit Blick auf den 9. November 1989 und den 3. Oktober 1990 nach vorne gucken. Linke und AfD wollen aus reinem Populismus und zu Wahlkampfzwecken die Treuhand instrumentalisieren. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Verena Hartmann [AfD]: Gucken Sie in den Spiegel! Da sehen Sie Populismus!)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rehberg. – Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Jürgen Pohl, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

- (B) **Jürgen Pohl (AfD):**

Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer, vor allem in den alten Bundesländern! Sehr geehrter Herr Präsident! Was wir heute hier debattieren, rührt an den Grundfesten des wiedervereinten Deutschlands. Wir gehen bis dorthin zurück, wo die Einigung beschlossen, organisiert und umgesetzt wurde. Wir reden über die Ereignisse der 1990er-Jahre. Wir reden über die Treuhand, oder genauer: Wir reden über das Trauma der Ostdeutschen.

Meine Damen und Herren, die Arbeit der Treuhand hat tiefe Wunden in die ostdeutsche Seele gerissen. Ich weiß, dass gerade viele Westdeutsche hier im Hause geneigt sind, uns Ost- und Mitteldeutschen in dieser Frage Weierlichkeit vorzuwerfen. Aber ich sage Ihnen: Für das, was die Treuhand bei uns angerichtet hat, ist keine Träne zu viel vergossen worden. 4 000 Firmen liquidiert, von 4 Millionen Arbeitsplätzen im Jahr 1990 blieben 1994 gerade mal 1,5 Millionen, Privatisierungserlöse: 60 Milliarden D-Mark, eingesetzt: 300 Milliarden D-Mark – ich sage Ihnen: Jedes DDR-Kombinat hätte besser gewirtschaftet.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Kollege Rehberg, Sie haben über die Missstände gesprochen. Aber warum wehren sich so viele Damen und Herren hier im Hohen Haus, endlich auch die Misswirtschaft der Treuhand aufzudecken? Warum fehlt Ihnen da der Mumm? Gibt es einen Grund, über den Sie

- nicht reden wollen, oder was? Wir wollen einfach wissen: (C) Warum hat die Treuhandanstalt so mies gewirtschaftet?

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, kein Geringerer als der frühere Präsident des renommierten Münchener ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, schrieb sinngemäß: Die Ostdeutschen haben die Einheit mit ihrem Volksvermögen bezahlt. – Genau darum geht es. Herr Rehberg, hören Sie zu: Die DDR war pleite – das stimmt –, sie war aber nicht wertlos. In Ostdeutschland lebten damals 16 Millionen Menschen, denen diese Werte gehörten. 1990 hatte eine Gruppe um den Potsdamer Physiker und Bürgerrechtler Gerd Gebhardt eine Idee. Sie wollte jedem DDR-Bürger ein Sechzehnmillionstel des DDR-Volksvermögens übertragen. Der Runde Tisch stimmte diesem Plan einstimmig zu. Die Regierung Modrow hat den Plan nicht umgesetzt. Warum? Warum wurden die Bürger um ihren Anteil am Volksvermögen betrogen? Das ist eine der zentralen Fragen, die zu klären sind. Was heißt das für den von uns geforderten Untersuchungsausschuss? Wir müssen über den Verlust von Millionen Industriearbeitsplätzen reden. Wir müssen über die Familien reden, die plötzlich durch Arbeitslosigkeit ins soziale Elend gerutscht sind. Wir müssen über die Familien reden, die auseinandergerissen wurden, weil Vater oder Mutter erst Hunderte Kilometer entfernt, im Westen, eine Arbeit fanden.

Meine Damen und Herren, an vieles von dem, was geschah, kann ich mich persönlich gut erinnern. Ich war dabei und handelnde Person. Das ist nicht ungewöhnlich. Es hat im Osten fast jede Familie betroffen, auch meine eigene. Nehmen wir mal diesen Lebenslauf: Der Mann als Kind aus Schlesien vertrieben. 1946 fing er als 14-Jähriger in einem Unternehmen an. 1991, nach 45 Dienstjahren, brauchte ihn die Treuhand nicht mehr. Er wurde freigesetzt. Ein Jahr später starb er als gebrochener Mann, und mit ihrem Mann verlor gleichzeitig seine Ehefrau ihre Arbeit. – Ein typischer Lebenslauf aus dieser Zeit. (D)

In Magdeburg Süd-Ost, meinem Stadtviertel, wurde fast die gesamte Industrie liquidiert. Circa 40 000 Menschen verloren dort ihre Arbeit. In meiner heutigen Heimat, in Nordthüringen, wurde nicht nur die Computerindustrie zerschlagen. Technische Zulieferer und auch die Textilindustrie waren nicht mehr gewollt. Noch besser die Kali-Industrie: Die Kali-Industrie zum Beispiel in Sondershausen und in Bischofferode wurde trotz effektiver Arbeit und guter Absätze zugunsten der Westkonkurrenz stillgelegt und zur Sondermüllhalde entwickelt.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herr Kollege, –

**Jürgen Pohl (AfD):**

Für den Müll war der Osten gut genug. Das ist eine Schweinerei!

(Beifall bei der AfD)

- (A) **Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**  
– erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Theurer?

**Jürgen Pohl (AfD):**

Der Ablauf war immer derselbe.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Jürgen Pohl (AfD):**

Lassen Sie mich bitte.

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Ja.

**Jürgen Pohl (AfD):**

Der Ablauf war immer derselbe: Der Volkseigene Betrieb wurde unter Verwaltung gestellt, und dann wurde er dem westdeutschen Konkurrenten angeboten. Wie das ablief? Oftmals betrug der Kaufpreis 1 Mark. Sodann kam ein Auktionshaus und versteigerte die Maschinen und Anlagen. Die Personalabteilung entließ die Arbeitnehmer auf Raten, und die letzten feigten aus und schlossen ab. Das Grundstück wurde schließlich veräußert oder in lukrativen Lagen selbst bebaut. Das Ganze ergab einen satten Gewinn – für den westdeutschen Unternehmer. Ganz nebenbei wurde die ostdeutsche Konkurrenz ausgeschaltet. Wissen Sie das alle? In unzähligen Fällen mussten die Ostdeutschen ihr Lebenswerk für 1 Mark hergeben. Für 1 Mark wurden ihre Lebensläufe entwertet. Dieser Treuhand-Untersuchungsausschuss ist das Mittel, um mit Ihrer Scheinheiligkeit aufzuräumen.

- (B)

Ostdeutsche – das haben wir inzwischen gelernt – sind für Sie, die Vertreter der Altparteien, die Bewohner des unbelehrbaren Dunkeldeutschlands. Dunkeldeutschland, das sind die politisch Unzuverlässigen und Rückständigen, die undankbaren Hinterwäldler im Osten, die einfach nicht so wählen, wie sie sollen. Wir in Thüringen waren überrascht, dass Herr Habeck von den Grünen unser Land zu einem „freien, liberalen und demokratischen Land“ machen wollte. Toll! Herr Gabriel fand das „Pack“ in Ostdeutschland, und Herr Maas empfand Ostdeutsche als „Schande für Deutschland“. Da war Herr Özdemir mit der „Mischpoke“ noch fast liebevoll.

(Beifall des Abg. Petr Bystron [AfD] – Stefan Gelbhaar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]; Was?)

Iris Gleicke von der SPD sagte am 25. Jahrestag der Treuhandgründung – ich zitiere –:

Die Treuhand ... gilt im Osten ... als Symbol ... eines brutalen, ungezügelter Kapitalismus, verbunden mit Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit.

Sie hat Recht. Darum müssen Sie hier und heute erklären, was denn nun mit dem Osten ist, wie Sie es mit Ihren Brüdern und Schwestern halten wollen. Alternative eins: Sie gestehen sich und den Mitteldeutschen ein: Ja, wir

müssen den Wildwestkapitalismus dieser Zeit aufklären. (C)  
Ja, es braucht einen Untersuchungsausschuss. – Alternative zwei: Der Mitteldeutsche bleibt Deutscher zweiter Klasse. Er wohnt im Armenhaus. Er hat keinen Anspruch auf Gerechtigkeit. – Meine Damen, meine Herren, wenn Sie sich für Alternative zwei entscheiden, dann wundern Sie sich nicht, wenn der Ostdeutsche Ihnen bei der nächsten Landtagswahl eine Lehre erteilt.

(Beifall bei der AfD)

Ich kann meine Landsleute nur aufrufen: Setz das Kreuz bei der Wahl nicht bei den Parteien, die sich weigern, den Betrug an den Mitteldeutschen aufzuklären,

(Beifall bei der AfD)

kein Kreuz bei den Parteien, die am Elend ihrer Familien und an der Perspektivlosigkeit ihrer Kinder schuld sind.

Schauen Sie her: Das ist eine Mark. Mit dieser Mark konnten Westdeutsche regelmäßig Firmen in Ostdeutschland kaufen, dann den Menschen in den Hintern treten, um dann Vermögen anzuhäufen. Wenn Sie wirklich meinen, meine Damen und Herren, dass diese kriminellen Machenschaften der Treuhand nicht aufgeklärt werden sollen, dass es den Treuhand-Untersuchungsausschuss nicht braucht, dann wünsche ich Ihnen, auch Herrn Rehberg, dass Ihr Lebenswerk, Ihre Familie, Ihre Seele mehr als diese Mark wert ist.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Mark ist abgeschafft!)

(D)

Sagen Sie es den Ost- und Mitteldeutschen hier und heute ins Gesicht: Wir brauchen euch nicht, wir schätzen euch nicht, aber wählt uns trotzdem.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Blödsinn! So ein Blödsinn!)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Als nächste Rednerin erhält die Kollegin Sonja Amalie Steffen, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Sonja Amalie Steffen (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Herr Pohl, eigentlich wollte ich heute zur AfD gar nichts sagen; aber Ihre Rede war so rückwärtsgerichtet

(Lachen des Abg. Dr. Alexander Gauland [AfD])

und wirklich schon fast so widerlich spaltend, dass man denkt, man lebe noch zu Zeiten von DDR und BRD.

(Lachen des Abg. Dr. Alexander Gauland [AfD])

## INFORMATIONSAHRT NACH BERLIN



Führung durch den Reichstag  
Stadtrundfahrt  
Vortrag im Plenarsaal  
u.v.m.

**15.-17. Dezember 2019**

Anmeldung unter Tel. 03601 764 3494 oder  
[juergen.pohl.wk@bundestag.de](mailto:juergen.pohl.wk@bundestag.de)

### TERMINE

- 22.08.2019 Bürgerdialog mit Marcus Bühl, MdB,  
Waldcafé Prinzenhaus, Am Stadtwald 33,  
99974 Mühlhausen
- 28.08.2019 Bürgerdialog mit Dr. Anton Friesen, MdB  
Congress-Centrum-Suhl, Friedrich-König 7  
98527 Suhl
- 29.08.2019 Bürgerstammtisch mit Klaus Stöber,  
Direktkandidat LTW AfD Wartburgkreis  
Augustiner Bräu, Georgenstraße 30,  
99817 Eisenach
- 07.09.2019 Podiumsdiskussion von Marcus Bühl, MdB  
in Uelleben
- 11.09.2019 Verhandlung vor dem Thüringer  
Verfassungsgericht

### KONTAKT

#### Berlin:

Tel. 030 227 77520  
Fax. 030 227 70521  
[juergen.pohl@bundestag.de](mailto:juergen.pohl@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro Mühlhausen:

Tel. 03601 764 3494  
Fax. 03601 764 3495  
[juergen.pohl.wk@bundestag.de](mailto:juergen.pohl.wk@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro Nordhausen

Hesseröder Str. 11, Tel. 03631 418 9741

#### Wahlkreisbüro Sondershausen

Hauptstraße 41, Tel. 03632 825 9560

### WAHLKAMPF

- 18.09.2019 Auftakt Wahlkampf, Stadthalle Arnstadt
- 28.09.2019 Heilbad Heiligenstadt, Marktplatz,  
14:00 Uhr
- 30.09.2019 Mühlhausen, Untermarkt, 15:00 Uhr
- 02.10.2019 Unterstützung Direktkandidat  
Sigvald Hahn, Bad Köstritz
- 08.10.2019 Unterstützung Direktkandidat René Strube,  
Niedergebra mit Björn Höcke und Andreas  
Kalbitz
- 09.10.2019 Unterstützung Direktkandidat Ralf Köhler,  
Greußen
- 10.10.2019 Unterstützung Direktkandidat  
Dr. Jens Dietrich, Ilmenau
- 12.10.2019 Erfurt, Anger 14:00 Uhr
- 13.10.2019 Bad Frankenhausen, Marktplatz, 14:00 Uhr
- 15.10.2019 Unterstützung Direktkandidat Jens Cotta,  
Artern
- 19.10.2019 Nordhausen, Marktplatz, 14:00 Uhr
- 21.10.2019 Wahlkampf mit Björn Höcke, Kulturhaus,  
Heilbad Heiligenstadt
- 26.10.2019 Wahlkampfabschluss in Erfurt

Weitere Termine in Gera und Hildburghausen sind geplant,  
genaue Terminbestimmung folgt.

Alle Termine und Aktualisierungen findet Ihr auf meiner  
Facebookseite [fb.me/juergen.pohl.afd](https://fb.me/juergen.pohl.afd) oder Homepage  
[www.pohlposition-afd.de](http://www.pohlposition-afd.de)

 [facebook.com/juergen.pohl.afd](https://facebook.com/juergen.pohl.afd)

 [www.pohlposition-afd.de](http://www.pohlposition-afd.de)